

treffen vor allem auch die Zivilbevölkerung, die mehr und mehr das Vertrauen auf eine friedliche Lösung sowie in die Regierung verliert. Derzeit geht man davon aus, daß ihre Partei bei Neuwahlen mehr als die Hälfte ihrer derzeitigen Mandate verlieren könnte.

Die dramatische Lage in Karachi schlägt auch landesweit Wellen. Die Staatsbank zeichnete erst kürzlich ein düsteres Bild der wirtschaftlichen Situation. Nahezu in allen Bereichen gibt es Probleme und Fehlentwicklungen: in der Industrie und Nahrungsmittelproduktion, bei Exporten und Investitionen, eine hohe Inflation und wachsende Staatsausgaben. Korruption breitet sich zunehmend aus und die 'law and order'-Situation verschlechtert sich auch außerhalb Karachis. Die eigenen Anstrengungen reichen nicht aus, um das Defizit im Staatshaushalt in den Griff zu bekommen und aus Übersee ist wenig Hoffnung zu erwarten. Es wird vermutet, daß die Überweisungen des Internationalen Währungsfonds in diesem Jahr zurückgehalten werden. In diesem Fall ist es unmöglich, den Haushalt auszugleichen.

Zugegebenermaßen stand die Opposition vom ersten Tag an auf Kriegsfuß mit der zweiten Bhutto-Regierung. Dabei übernahm sie sich allerdings im Zuge der ständigen Appelle zur Ablösung der Bhutto-Regierung und dem anhaltenden Ruf nach Neuwahlen. Hierdurch hätte sich die Regierung aber nicht dazu verleiten lassen dürfen, im Gegenzug die Opposition in die Enge zu drängen und letztlich das gesetzgebende Parlament durch Verordnungen des Präsidenten zu entmachten. In den Augen der Opposition sind die demokratischen Gremien nun allenfalls noch Papiertiger. Zudem hielt sich die Regierungspartei nicht an das Versprechen, verschiedene restriktive Gesetze, wie z.B. das Blasphemiegesetz, zu reformieren. Unverständlich bleibt auch, weshalb die Regierung nicht die Probleme der lange Zeit vernachlässigten Bereiche Bildung und Gesundheitsdienste aufgegriffen hat.

Die jüngste Kritik an Islamabad aus Kabul sowie die dortige Attacke auf die pakistanische Botschaft werfen die pakistanische Außenpolitik weit zurück und entlarven das amateurhafte Vorgehen bei der Suche nach Verbündeten unter den verfeindeten afghanischen Fraktionen. Ist Islamabad tatsächlich unschuldig an dem vermeintlich plötzlichen Meinungsumschwung in Kabul?

Im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten wird das 'Brown Amendment', sofern es denn verabschiedet wird, neben den Materiallieferungen an das Militär etwas Erleichterung bringen. Es bleibt allerdings die Frage offen, ob Frau Bhutto während ihrer jüngsten Auslandsreise tatsächlich die politische Bedeutung Pakistans dauerhaft verbessern konnte?

Die Premierministerin hat nahezu all ihre Energie verwendet, um sich in ihrem Amt zu behaupten, und ist doch nicht von der Stelle gekommen. Der Rückblick auf ihre beiden Regierungsjahre ruft keine Begeisterung hervor. Vielmehr zeigte sich im Verlauf dieser Periode eine zunehmende Schwächung der Institutionen, ein starker Orientierungsverlust und ein ständig stärker werdendes Gefühl allgemeiner Hoffnungslosigkeit.

Noch verbleiben Frau Bhutto drei Jahre ihrer Regierungszeit und es hat den Anschein, daß die derzeit schwache Opposition keine ernsthafte Gefährdung für sie darstellt. Trotz ihrer großangelegten Protestkampagnen schießt die Opposition insgeheim auf das Militär und hofft auf dessen erneute Einnischung in die Innenpolitik (siehe Beitrag von Jorge Scholz im Zusammenhang mit der Berichterstattung über den Rüstungswettlauf in Südasiens). Damit legt sie allerdings ein Zeugnis ihrer eigenen politischen Schwäche ab. Umso wichtiger bleibt jedoch die Frage, was Benazir Bhutto aus ihrer verbleibenden Amtszeit macht. Ihre Politik muß sich ändern, und dies sehr umfassend!

(Übersetzung aus 'The Friday Times', J. Clemens)

## Ethnische und kommunalistische Konflikte in Pakistan

Asghar Ali Engineer

Mehrfach hat 'Südasiens' bereits über die Unruhen berichtet, unter denen Karachi seit längerer Zeit leidet. Selbst die ethnischen und kommunalen Konflikte, die Indien im Verlauf seiner konfliktreichen Geschichte durchlebte, reichen nicht an das heran, was sich dort abspielt. Der Autor erklärt im folgenden Beitrag die komplexe Struktur des ethnischen und sektiererischen Konfliktes in der größten und wirtschaftlich bedeutendsten Stadt Pakistans.

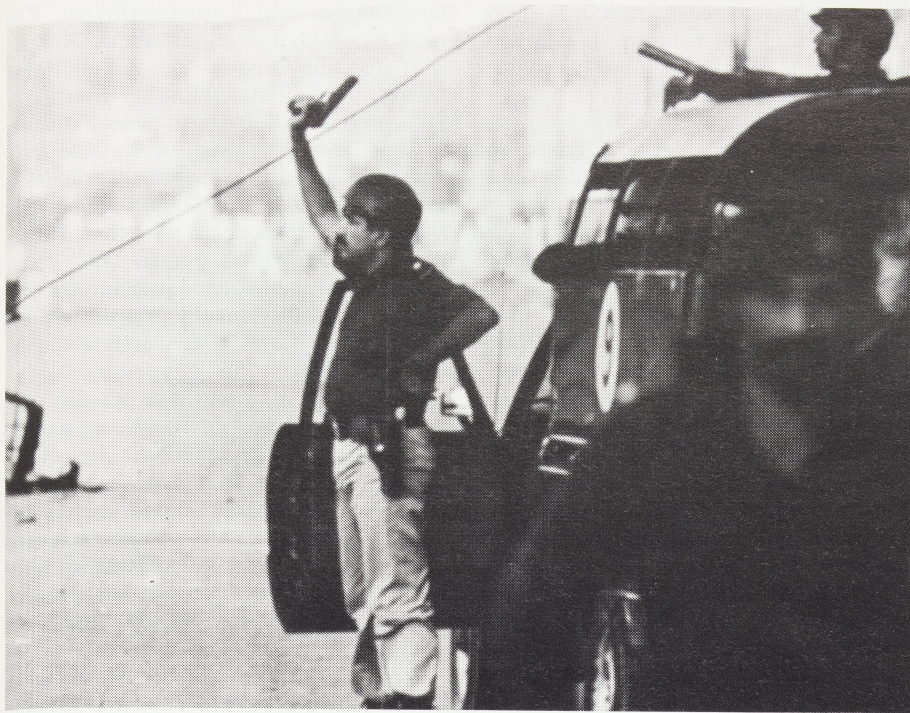
Der Chefideologe Pakistans, Mohammad Ali Jinnah, hatte zu Beginn der 40er Jahre theoretisiert, daß Hindus und Moslems zwei eigenständige Nationen bildeten, deren soziale, religiöse und politische Interessen einander unüberbrückbar fremd seien, so daß ein Zusammenleben unmöglich sei. Sie begründen zwei getrennte Nationen und sollten folglich auch in voneinander getrennten Staaten leben. Diese Argumentation Jinnahs war offenkundig falsch, doch im zeitgemäßen Kontext wurde sie selbst von den politischen Führern der

'Congress'-Partei akzeptiert und unser Land geteilt. Es sei hier ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Veer Savarkar und andere Führer der 'Hindu Mahasabha', wie Bai Parmanand, mit dem Führer der 'Muslim Liga' dahingehend uneingeschränkt übereinstimmten, daß Hindus und Moslems zwei unterschiedliche Nationen repräsentierten, deren Interessen unüberwindbar seien.

Die Sitzung der 'Hindu Mahasabha' 1938 in Ahmedabad zeigte völlige Übereinstimmung mit Jinnah, Veer Savarkar zitierte Jinnah in diesem Sinne und

stimmte mit ihm überein, daß die beiden Gemeinschaften zwei unterschiedliche Nationen konstituieren. Die Kommunisten der verschiedensten couleur haben offensichtlich gemeinsame Konzepte und verwenden übereinstimmende Redewendungen. Sie erachten eine religiöse Gemeinschaft als homogen und kehren dabei alle ethnischen, sprachlichen, kulturellen und anderen Unterschiede unter den Teppich. Da sie für ihr politisches Ziel auf die Unterstützung der gesamten Gemeinschaft angewiesen sind, erklären sie die Gemeinschaft als homogen und





Pulverfaß Karachi (Foto: 'Herald')

ihre politischen Ziele als ein einziges. Sowohl die Hindu- als auch die Moslemgemeinschaft machten sich dieses Vorgehens schuldig.

Der indische Islam zeigte von Beginn an viele verschiedene Gesichter. Die bengalischen Moslems, die Moslems aus der Provinz Sindh, die pathanischen Muslime, die Moslems Belutschistans sowie die Moslems aus dem Punjab zeigten weitreichende sprachliche, kulturelle und andere Unterschiede, die zum Teil nahezu so unüberwindbar waren, wie die zwischen Mitgliedern zweier unterschiedlicher religiöser Gemeinschaften und zuweilen sogar noch darüber hinaus. Es ist bekannt, daß es mehr Gemeinsamkeiten zwischen einem Malayali sprechenden Hindu (Hindus, die im heutigen Bundesstaat Kerala leben) und einem Malayali sprechenden Moslem gibt als zwischen einem Urdu sprechenden Moslem und einem Malayali sprechenden Moslem. Es verwundert daher nicht, daß man heute kaum mehr Malayali sprechende Muslime in Pakistan findet. Nahezu alle von Indien nach Pakistan übersiedelten Migranten gehörten der Urdu sprechenden Elite an.

Darüber hinaus sollte festgehalten werden, daß die Urdu sprechende Oberschicht aus Nordindien und nicht das Volk in erster Linie für die Gründung Pakistans verantwortlich war. Und es ist ferner wichtig zu betonen, daß diese Urdu sprechende Oberschicht Pakistan nicht - wie gemeinhin angenommen - aus religiösen Überzeugungen gründete, sondern aus Gründen der Säkularität. Die Urdu sprechende Elite sah sich in

Uttar Pradesh sowie in Bihar in der Minderheit und befürchtete, daß es in Indien eine Hindu-Mehrheit geben werde und daß Hindus alle staatlichen Stellen dominierten. Sie sahen ihre Interessen daher in einem moslemisch dominierten Pakistan besser geschützt. Folglich reagierte die Urdu sprechende Oberschicht entsprechend enthusiastisch auf die Gründung Pakistans, um ihre eigenen Interessen gewahrt zu sehen. Fest steht - und das sollte an dieser Stelle zur Kenntnis genommen werden -, daß die religiösen Führer sich gegen dieses Konzept der Gründung Pakistans stellten. Die 'Jami'at-ul-'Ulama-i-Hind', eine Organisation moslemischer Geistlicher in Nordindien, war nicht nur gegen die Gründung Pakistans, sondern hieß gar den gemeinsamen Nationalismus des 'Indian National Congress' gut.

Eben diese Urdu sprechende Elite, die sogenannten Mohajirs, ist in Pakistan heute extrem bedroht. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß weder die Punjabis noch die Sindhis diese Urdu sprechenden Moslems akzeptierten, die als überzeugte Pakistaner aus Nordindien zugewandert sind. Und auch Urdu konnte nicht Fuß fassen. Noch immer wird es eher als Fremdsprache angesehen gegenüber den Muttersprachen Punjabi, Sindhi, Baluchi und Pashtu. Dies ist eine der Hauptbeschwerden der Mohajirs. Und so fordern sie die Errichtung einer neuen, fünften Provinz in Pakistan namens Urdu Pradesh, um ihre sprachliche Identität auch staatlich zu manifestieren. Diese Forderung hat gegenwärtig jedoch nicht den Hauch einer Chance, akzeptiert

zu werden. Ferner haben diese Entwicklungen ebenso wie die frühere Gründung Bangladeshs zur Folge, daß der Mythos einer homogenen Religionsgemeinschaft, die zur Basis einer unabhängigen Nation werden kann, wie Jinnah dies einst dachte, geplatzt ist.

Stattdessen werden die Urdu-Sprecher nach wie vor als Mohajirs, als Einwanderer, bezeichnet. Sie haben weder eine eigene Identität noch sprachliche und kulturelle Wurzeln. Nach wie vor werden sie als Fremde im Land angesehen. Das gleiche Schicksal erlitten die Bengalis aus dem früheren Ost-Pakistan. Sowohl die Punjabis als auch die Urdu sprechenden Muslime des vormaligen West-Pakistan sahen stets auf sie als Moslems zweiter Klasse und folglich als Bürger zweiter Klasse herab. Urdu wurde von ihnen als eine aufgezwungene Sprache empfunden. Wenngleich sie im vormaligen Pakistan die Mehrheit der Bevölkerung stellten, wurde ihnen die Teilhabe an den Macht vorenthalten. Sie mußten folglich einen gewaltsamen Kampf beginnen, um sich von Pakistan zu lösen und diese Trennung war ebenso schmerzhaft und gewalttätig wie die Trennung Pakistans von Indien.

Die indischen Muslime erschienen als eine geschlossene Gruppe, solange von Seiten anderer großer Gruppen Druck auf sie ausgeübt wurde. Religiöse Solidarität wird wichtig, solange Druck von Seiten einer anderen religiösen Gruppierung ausgeübt wird. Doch sobald dieser Druck nachläßt, schwindet auch die religiöse Solidarität. Dann erlangen die Sekten, die ethnischen und sprachlichen Unterschiede vorrangige Bedeutung. Und genau das passiert derzeit in Pakistan. Die sprachliche Solidarität ist bedeutsamer als die religiöse.

Es ist wichtig, diese Entwicklung etwas näher zu beleuchten. Wie bereits dargelegt, war es vor allem die Urdu sprechende Oberschicht, die mehr als jede andere moslemische Sprachgruppe wie die Punjabis, die Pathanen, die Belutschen und die Sindhis, begierig auf die Gründung Pakistans war. Jinnah hatte hart um jedes bißchen Unterstützung aus dem Punjab und aus Bengalen ebenso wie aus der Provinz Sindh und der Northwest Frontier Province zu kämpfen. Diese Sprachgruppen waren in ihren jeweiligen Gebieten in der Mehrheit und litten an keiner Mehrheitsphobie. Lediglich die Urdu sprechende Elite unterlag dieser Angst. Und es gab einen weiteren Grund für diese Mehrheitsphobie. Die Urdu sprechende Oberschicht aus Uttar Pradesh war sowohl auf kulturellem Gebiet als auch im Bildungsreich äußerst fortschrittlich und im Beamtenapparat von Uttar Pradesh überproportional stark vertreten. Sie vertraten die Auffassung, daß sie, sobald Paki-



stan gegründet sei, nicht nur die politischen Richtlinien bestimmen, sondern auch die staatliche Bürokratie dominieren werden. Darüber hinaus zählten auch die Wirtschaftskreise von Gujarat, namentlich Bohras, Khojas und Memons, als Teil der Mohajirgesellschaft zur führenden wirtschaftlichen Elite des Landes. Daraus geht hervor, daß die Mohajirs als gesellschaftliche Gruppe äußerst fortschrittlich und führend waren, die schon bald ihre politische, bürokratische und wirtschaftliche Hegemonie etablierte. Ferner war eine Vielzahl mächtiger Feudalherren aus Uttar Pradesh, deren Sprößlinge in der Armee dienten, nach Pakistan migriert. Damit griffen die Mohajirs in jeder Hinsicht in Pakistan nach der Macht. Die Urdu sprechende Elite erwies sich als äußerst zuversichtlich und vorausplanend.

Aber sowohl die Punjabis als auch die Sindhis begannen bald den Mohajirs diese Dominanz zu verübeln. Und dies geschah bereits zu Lebzeiten Jinnahs. Es gilt heute als sicher, daß die Machthaber des Punjab Jinnah in Murree zum Sterben zurückließen. Auch Liaquat Ali, der zweite Mann im Staat, wurde physisch eliminiert. Folglich arbeitete eine unsichtbare Hand an der Beseitigung der Macht der Einwanderer aus Uttar Pradesh. Als Ayub Khan 1958 durch einen Militärputsch die Macht an sich riß, suchten die Pathanen ihren Einfluß im Staat zu stärken. Die Pathanen begannen damit, die Urdu sprechende Elite aus den Schlüsselpositionen zu verdrängen. Ayub Khan verlieh ihnen Transportlizenzen und sprach ihnen freimütig Landanteile in Karachi, dem finanziellen und wirtschaftlichen Zentrum Pakistans, zu. Damit lagen sich Pathanen und Mohajirs in den Haaren. Die Unruhen von 1987 in Karachi sind als Kulmination dieses Prozesses zu verstehen. Und auch im Zuge dieser Unruhen waren die Mohajirs die Verlierer. Sie wurden massakriert und ihre Frauen wurden vergewaltigt. Zum ersten mal wurde die Gemeinschaft der Mohajir schwer angegriffen und sie begannen sich selbst als Fremde im Land zu fühlen.

Die Moslems der Provinz Sindh hingegen führen ihre eigene Beschwerde gegen die Mohajirs. Karachi ist die Hauptstadt des Sindh und dennoch sind nicht nur die Sindhis zur hoffnungslosen Minderheit in der eigenen Hauptstadt geworden, sondern die gesamte Stadt wird von Nicht-Sindhis dominiert, vornehmlich von Mohajirs. Die Sindhis verfügen weder in der staatlichen Verwaltung noch im Militär oder im Rahmen der politischen Machtstrukturen über einen Anteil, der erwähnenswert wäre. Und zweifelsohne wurden sie von den Mohajirs äußerst schäbig behandelt. Sie wurden de facto zu Bürgern zweiter

Klasse in ihrem eigenen Land degradiert. Aus diesem Grund nahmen sie den Mohajirs deren Dominanz über den Staat ernsthaft übel. Die 'Jiye Sindh'-Bewegung, deren Führer über Jahre hinweg eingekerkert waren, forderte daher ein eigenständiges Homeland für die Sindhis. Sie war nicht dazu bereit, ihre Forderungen durch einen Kompromiß zu verwässern. Rasul Baksh Palejo, einer der Führer der Sindhis und Generalsekretär der 'National Awami Party', teilte dem Autor vor einigen Jahren folgendes mit: "Unsere Forderung lautet, daß alle Mohajirs, die nach 1948 nach Pakistan kamen, entweder das Land verlassen müssen oder aber ihrer Bürgerrechte beraubt werden." Wengleich dies eine extreme Position bezeichnet, so gibt sie doch Einblick in die tiefe Verärgerung, die unter den Sindhis gegenüber den Mohajirs vorherrscht.

Als Zulfikar Ali Bhutto, selbst ein Sindh, zu Beginn der 70er Jahre an die Macht gelangte, widerfuhr den Sindhis Gerechtigkeit. Sie erhielten fortan mehr Anstellungen an staatlichen Stellen und die Mohajirs verloren ihnen gegenüber an Boden. Und auch hinsichtlich der Zugangsberechtigung von Schulen und Hochschulen wurden Quoten eingeführt, die über Jahre hinweg einen Zugang nur für Sindhis bzw. für Bewohner des Sindh möglich machten. Darüberhinaus ersetzte das Sindh Urdu als Staatssprache. Dies wiederum verärgerte die Urdu sprechenden Mohajirs nachhaltig.

Damit war die Zeit gekommen für die Gründung des 'Muhajir Qaumi Movement' (MQM), deren oberster Führer Altaf Hussain ist. Altaf Hussain war zunächst Studentenfürher, der auf den schrittweisen Machtverlust der Muhajirs hin die MQM gründete und den bewaffneten Kampf begann. Bhutto wurde Ende der 70er Jahre durch Zia-ul-Haq von der Macht verdrängt. Es wird Zia nachgesagt, daß auch er einen erheblichen Anteil an dem sich verschärfenden ethnischen Konflikt im Sindh hatte. Dabei verfolgte er seine eigenen politischen Motive. Die Konsolidierung seines Regimes, das keine politische Legitimität aufzuweisen hatte, da er durch einen Militärputsch an die Macht gekommen war, hing davon ab, daß es ihm gelang, seine politischen Gegner zu schwächen, indem er sie gegeneinander aufhetzte. Es wird behauptet, daß die MQM dabei subtile Unterstützung durch das Militärregime erfuhr.

Um die komplexe Struktur des ethnischen und sektiererischen Konfliktes in Karachi zu verstehen, ist es erforderlich, weitere Kräfte in die Betrachtung mit einzubeziehen. Wie uns die indische Erfahrung lehrt, spielt die Kriminalität ihre eigene, besondere Rolle im Zusammenhang mit sich verschärfenden ethnischen,

kommunalen und Kastenkonflikten. Karachi macht da keine Ausnahme. So operiert etwa die Drogen- und Alkohol-Mafia auf der Schiene ethnischer Konflikte. So waren beispielsweise viele Pathanen in das Drogengeschäft in Karachi verwickelt und die ethnisch begründeten gewalttätigen Auseinandersetzungen des Jahres 1987 in Karachi zwischen Pathanen und Mohajirs gingen auf deren Konto. Die Pathanen verdächtigten die Mohajirs als Informanten, da die Polizei des Sindh Razzien gegen erstere durchführte.

Ferner gibt es Anführer in den Armutsvierteln (slum lords), die in andere kriminelle Machenschaften involviert sind. Karachi hat, wie jede andere Industriestadt in Asien, ihren Anteil an Slumgebieten, die unter der Bezeichnung "kacchi abadi" bekannt sind und als Orte der Kriminalität gelten. Die meisten der in Karachi verübten Morde findet im Umfeld der "kacchi abadis" statt.

Auch der Konflikt zwischen Schiiten und Sunniten spielt in diesem Zusammenhang eine Rolle. Zia-ul-Haq benutzt die Religion rücksichtslos zur Konsolidierung seiner eigenen Macht und statete die orthodoxe und sektiererische "ulamaa" (Glaubensgemeinschaft) mit einer größeren Machtfülle aus, die diese wiederum dazu nutzte, die eigene Machtposition noch weiter zu verstärken. Sie schüren sektiererische Konflikte in der Absicht, ihre eigene Gruppe zu vergrößern. Die iranische Revolution hat unter den schiitischen Geistlichen eine Menge Enthusiasmus entfacht. Und auch der Afghanistan-Konflikt trägt seinen Anteil zu den Mordserien in Karachi bei. Dank des gewaltsamen Kampfes in Afghanistan ist Pakistan überfüllt mit modernen Waffen, die frei auf dem Markt erhältlich sind.

Ferner sollte man sich in Erinnerung rufen, daß moderne Industriestädte in Entwicklungsländern aus einer Reihe von Gründen äußerst anfällig sind für ethnisch oder sektiererisch begründete Gewalt. Diese sich entwickelnden Städte wirken auf verschiedene ethnische Gruppen über das ganze Land hinweg attraktiv. Diese Ethnien sind wiederum ungleich entwickelt und haben zudem ungleiche Chancen zur weiteren Entwicklung, was aufgrund fehlender gleicher Möglichkeiten eine Brutstätte für Konflikte entstehen läßt. Wir haben die schlimmsten Auswüchse kommunaler Gewalt in sich entwickelnden Städten wie Bombay, Ahmedabad, Surat und Delhi erlebt, wengleich Karachi gezeigt hat, daß es noch weit problematischer ist und derzeit eine ausgesprochen lang anhaltende Phase der Gewalt durchlebt.

(Der Beitrag erschien in 'Mainstream', Delhi, Übersetzung: Thomas Hoffmann)